

=====Newsletter April 2024 der FREIEN WÄHLER Werra-Meißner=====

Liebe Mitglieder und Freunde der FREIEN WÄHLER Werra-Meißner, heute liegt Ihnen der Newsletter des Monats April 2024 vor. Folgende Themen werden heute angesprochen:

1. **Einladung zur Einweihung unseres Wahlkreisbüros am Nikolaiplatz in Eschwege am 13.4. um 11 Uhr**
2. **Berkatals Haushalt schon wieder in den Schlagzeilen – es wiederholt sich wie im Ringgau**
3. **Zwei hauptamtliche Beigeordnete im Landkreis: Rechenricks der großen Koalition**
4. **Bericht aus der letzten Kreistagssitzung**
5. **Verschiedenes**

Zu 1: Zu einem bunten Programm bei kalten Getränken und gutem Essen sind alle unsere Leserinnen und Leser sowie Mitglieder und Interessierte in unser Wahlkreisbüro am 13. April ab 11 Uhr eingeladen. Der Vorstand und die Fraktion freuen sich besonders auf Sie und die gemeinsamen Gespräche. Aus diesem Anlass wird auch der Europaabgeordnete Engin Eroglu wenn es zeitlich klappt mit seinem neuen Wahlkampfbus in Eschwege für Sie und uns den Europawahlkampf eröffnen.

Zu 2: **Berkatals fehlende Haushaltsjahresabschlüsse seit 2008:**

☞ **Hintergrundwissen zu der Aufstellung des Jahresabschlusses des Haushaltes einer hessischen Gemeinde:**

Die hessischen Kommunen sind nach § 112 HGO verpflichtet, auf den 31. Dezember eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen und gibt Auskunft über die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune.

Mit dem **Jahresabschluss** legt der Gemeindevorstand gegenüber der Gemeindevertretung und den Einwohnerinnen und Einwohnern Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft des Jahres, insbesondere über die Verwendung der Erträge und Einzahlungen auf der Grundlage des von der Gemeindevertretung beschlossenen Haushaltsplans.

Der Jahresabschluss wird vom zuständigen Rechnungsprüfungsamt geprüft und danach mit dem Prüfbericht der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Dabei ist auch über die Entlastung des Gemeindevorstands zu entscheiden. Dieser Beschluss ist mit dem Prüfbericht der **Kommunalaufsichtsbehörde** vorzulegen und öffentlich sieben Tage bekannt zu machen.

§ 112 Abs. 10 HGO **verknüpft zudem die Pflicht zur fristgerechten Aufstellung des Jahresabschlusses mit der Haushaltsgenehmigung.** Die Aufsichtsbehörden dürfen die Haushaltsgenehmigung eigentlich erst erteilen, wenn die Gemeindevertretung und die Aufsichtsbehörde über den aufgestellten Jahresabschluss unterrichtet wurden. Maßgeblich ist der Jahresabschluss des Vorjahres, wenn die Gemeinde die Haushaltssatzung innerhalb der Frist des § 97 Abs. 4 HGO vorlegt, d. h. einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres, zumindest aber innerhalb der ersten 4 Monate im Haushaltsjahr.

Enthält die Haushaltssatzung keine genehmigungsbedürftigen Tatbestände, darf sie solange nicht bekannt gemacht werden, bis eine Unterrichtung der Gemeindevertretung und Aufsichtsbehörde über den o. g. maßgeblichen Jahresabschluss stattgefunden hat.

Und warum gibt es trotz dieser Verordnung in Berkatal seit 2008 keinen Jahresabschluss mehr?

In mehreren Berichten der örtlichen Presse schafft es aktuell wieder einmal der Haushalt der Gemeinde Berkatal in die Schlagzeilen. Der neue Bürgermeister muss die unerledigten Aufgaben des ehemaligen Bürgermeisters klären, und die Gemeinde hat dadurch nun auch noch zusätzliche Geldprobleme. In Berkatal wurde laut Zeitungsbericht noch im Jahr 2023 an den Zahlenwerken rückwirkend etwas verändert, was so gar nicht sein darf.

Als FREIE-WÄHLER-Fraktion können wir schwer nachvollziehen, dass so ein Versäumnis der zuständigen Kommunalaufsicht verborgen blieb. **Kann es sein, dass die, die eigentlich die Aufsicht führen müssten, derselben Partei oder Koalition angehören wie die, die sie eigentlich beaufsichtigen sollten?** Erstaunlich ist zudem, dass weder die Gemeindevertretung noch der stellvertretende Bürgermeister seit 2008 etwas bemerkt haben wollen.

Dieselben Probleme gibt es seit Jahren in der Gemeinde Ringgau, wo seit 2010 der Jahresabschluss fehlte. Dort klagt die Gemeindevertretung inzwischen gegen den ehemaligen Bürgermeister Fissmann (SPD) um das Recht auf Schadenersatz. Das wird in Berkatal nun ebenfalls diskutiert: eine Klage gegen den ehemaligen SPD-Bürgermeister.

Hier ist die weitere Klärung unbedingt erforderlich, während die SteuerzahlerInnen und -zahler wieder einmal die Dummen sind. Wir berichten bei nächster Gelegenheit weiter!

=====

Zu 3): Nach einer Anfrage zu den beiden Hauptamtlichen Beigeordneten am 20.3.24 verstieg sich nun die Kreis-SPD zu der Aussage, die beiden Hauptamtlichen würden nicht mehr Geld kosten als einer, sondern sie rechneten sogar eine jährliche Ersparnis von fast 100.000 Euro durch zwei Hauptamtliche für den Landkreis aus.

„Erstaunlich, dass nicht alle hessischen Landkreise auf diese geniale Idee gekommen sind“, kommentierte Andreas Hölzel ironisch.

Aber offensichtlich soll in Wirklichkeit von der Misswirtschaft in Berkatal und Ringgau abgelenkt werden, zudem steht die Europawahl an und die SPD fürchtet zu Recht den Verlust von Wählerstimmen.

Die Rechnung der Sozialdemokraten geht so: je ein Hauptamtlicher Beigeordneter macht ja die Arbeit eines Abteilungsleiters zusätzlich mit, der somit also eingespart wird.

Dabei wird aber übersehen, dass allein schon die rechnerische Arbeitszeit von 2 Abteilungsleiterstellen von insgesamt mindestens 76 und mehr Wochenstunden und erst recht die fachliche Ausbildung von Abteilungsleitern als z.B. Diplom-Ingenieur vollkommen unterschlagen wird. Keiner der beiden Hauptamtlichen kann wirklich für zwei arbeiten, und die Qualität einer solchen Fachausbildung hat auch keiner der beiden. Nicht ohne Grund wurden zum Beispiel vom ehemaligen Bürgermeister Lenze die vorgeschriebenen finanziellen Jahresabschlüsse seiner Gemeinde 15 Jahre lang versäumt.

Unter der sogenannten „Einsparung“ im Landkries leiden in Wirklichkeit Qualität und Facharbeit, die in weiterer Folge seit letztem Jahr von den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der beiden Abteilungen zusätzlich aufgefangen werden musste.

Aber schönrechnen kann man ja bekanntlich alles.

=====

Zu 4): Die vergangene Kreistagssitzung hatte über 20 Tagesordnungspunkte, von denen die meisten entweder Berichte aus den Ausschüssen oder Verweise in neue Ausschüsse waren.

☞ So wurde die damalige Idee eines Online-Beschwerdemanagements endgültig beerdigt – zu teuer und zu aufwändig. Zu späterer Zeit lässt sich dazu erneut beraten.

☞ Auch das Veröffentlichen von Redebeiträgen des Kreistages wurde abschlägig entschieden – zu kompliziert, zu teuer, zu viele waren dagegen. Auch in der FW-Fraktion gab es Bedenken: Wer möchte sich schon aus dem Zusammenhang gerissen mit einigen Sätzen im TikTok oder facebook oder der heute-show wiederfinden?

☞ Die FDP wollte Plenarbesuche für Schüler ermöglichen – wahrscheinlich würden die dann eher von der Kommunalpolitik abgeschreckt, denn bei einigen Kreistagssitzungen der Vergangenheit in Schulen verließen die Schülerinnen und Schüler damals schon mit dem Schulgong rasch die Besucherstühle der Sitzung. Unsere Landrätin schlug ohnehin der Schulleiterkonferenz vor, sie mögen den Kreistag oder die Fraktionen einladen, wenn sie es denn wünschen.

☞ Der Masterplan Wohnen war großes Thema und die große Koalition spricht sich für Wohnungsbau in Eschwege aus und möchte eine Wohnungsbaugesellschaft gründen. Mit Geschäftsführer und weiteren politischen Posten. Dabei hat man aber nicht bedacht, dass die dann aufzurufenden Mietpreise von der Wohngeldförderung des Landkreises gar nicht genehmigt werden. Und unsere preiswerten Wohnungen in unseren Dörfern wurden nicht einmal in Betracht gezogen. Mal sehen, wie sich das weiterentwickelt...

☞ Wohnraum für Geflüchtete war das Thema der Linken und Grünen mit der SPD. Dabei haben wir nicht einmal genug Wohnungen für Normalverdiener, geschweige denn für Einkommensschwache.

☞ Der Abfall wird teurer – im nächsten Ausschuss werden die Zahlen diskutiert.

☞ Die Bezahlkarte war ein langes Thema: Die Linken sind dagegen, die Koalition dafür. Dabei müssen wir die Bezahlkarte laut Bundestagsbeschluss und Landtagsbeschluss sowieso einführen und warten daher ab, was das Land Hessen den Landkreisen vorgibt.

☞ Eine gemeinsame Resolution für das Bekenntnis des Kreistages zur Demokratie und gegen Extremismus wurde von den Linken und der AfD abgelehnt. Warum wohl?

=====

Zu 5): ☞ Am 23.5. ist die nächste Kreistagssitzung angesetzt. Der Ausschusstag ist am 6.05.2024.

☞ Die Europawahl findet am 9. Juni statt. Durch den russischen Angriff auf die Ukraine und die geschlossene Reaktion der europäischen Länder sowie der finanziellen und militärischen Unterstützung des ukrainischen Volkes ist inzwischen noch mehr europäischen Bürgerinnen und Bürgern bewusst geworden, wie wichtig die Europäische Union für uns alle ist.

In der EU werden wie bisher oft geglaubt wurde nicht nur wirtschaftliche Fragen entschieden...

☞ **Wir FREIEN WÄHLER appellieren an unsere Leserinnen und Leser: Gehen Sie unbedingt am 9. Juni wählen und wählen Sie bitte unbedingt eine demokratische Partei!**